

# EU-Nachrichten

## KURZ & KNAPP

**Mehrwertsteuersysteme:** 3  
EU will „Dschungel“ lichten

## IM FOKUS

**Energy Roadmap:** 4  
EU will mehr erneuerbare  
Energiequellen erschließen

**Mittelstand:** 5  
Besserer Zugang zu Krediten

## HINWEIS

**Wir wünschen Ihnen ein frohes  
Weihnachtsfest sowie einen guten  
Start ins neue Jahr und sehen uns  
wieder am 12. Januar 2012.**

## ZINSENKUNG

### EZB stellt für EU-Banken unbegrenzt Kapital bereit

Die Europäische Zentralbank will einem Konjunkturerinbruch in der EU vorbeugen und hat deshalb den Leitzinssatz auf 1,0 Prozent gesenkt. Zum gleichen Zins können sich auch die Banken Zentralbankgeld leihen. Die EZB verlangt von ihnen dabei deutlich geringere Sicherheiten als bisher und sie stellt ihnen für drei Jahre unbegrenzt viel Geld zur Verfügung.

Die Europäische Bankenaufsicht sieht bei den großen Banken einen Eigenkapitalbedarf von 114,7 Milliarden Euro. Auch sechs deutsche Banken müssen bis Juni eine Lücke von über 13 Milliarden Euro schließen.

<http://www.ecb.int/press/press-conf/2011/html/is111208.en.html>



Nicolas Sarkozy, Angela Merkel und José Manuel Barroso freuen sich über weitere Schritte zur Euro-Stabilisierung

Fast alle EU-Staaten wollen „fiskalpolitischen Pakt“

## Ein weiterer Pfeiler für die Euro-Stabilität

Zu den zahlreichen Pflöcken, die in den vergangenen anderthalb Jahren von den EU-Staaten eingeschlagen wurden, um die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion zu stabilisieren, kommt ein weiterer: Alle 17 Staaten der Eurozone einigten sich beim EU-Gipfel in Brüssel darauf, einen „fiskalpolitischen Pakt“ zu schließen, der noch mehr Haushaltsdisziplin aller beteiligten Staaten und eine noch engere wirtschaftspolitische Zusammenarbeit garantieren soll, als ohnehin bereits beschlossen wurde.

Von den zehn Nicht-Euro-Staaten der EU werden die meisten – möglicherweise neun – dem Pakt ebenfalls beitreten. Die Regierungen von Tschechien, Schweden oder Ungarn wollen vorher noch ihre Parlamente befragen. Nur Großbritannien will auf jeden Fall abseits stehen. Deswegen kann der fiskalpolitische Pakt, zumindest vorerst, kein Bestandteil der EU-Verträge werden.

Das sei institutionell betrachtet schwieriger, als wenn man alle 27 EU-Staaten ins Boot bekommen hätte, sagte EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso nach dem Gipfel. Andererseits sei der Weg zum

geplanten neuen Vertrag, der bis spätestens März ausgearbeitet sein und dann zügig ratifiziert werden soll, kürzer als der zu einer Änderung des EU-Vertrags, „und das ist auch wichtig“. Schließlich soll mit dem Pakt endgültig das Vertrauen der Öffentlichkeit und der Finanzmärkte zurückgewonnen werden, dass die EU-Staaten den Euro stabilisieren und die Staatsschuldenkrisen überwinden können. Barroso sagte, es sei „beeindruckend, wie weit die Mitgliedstaaten bereit sind, sich vertraglich zu verpflichten“.

**(Artikel weiterlesen auf Seite 2)**

(Fortsetzung)

Bundeskanzlerin Angela Merkel hob hervor, es zähle vor allem, dass für die Stabilität des Euro die Ziele erreicht worden seien. Der neue Pakt sei „der Nukleus eines Vertrags für eine Stabilitätsunion, der jederzeit wieder vergemeinschaftet werden kann“, sagte sie. Barroso kündigte an, die Kommission werde aktiv an der Vorbereitung des neuen Vertragstextes mitarbeiten, damit dieser im Einklang mit existierendem EU-Recht stehe und damit die Rolle der EU-Institutionen gewahrt werde. Diese müssten auch über die Einhaltung des „fiskalpolitischen Pakts“ wachen, so Barroso vor dem Europäischen Parlament.

Auch das bisher geschaffene Regelwerk ist schon sehr umfassend. Dessen wichtigste Bestandteile sind:

- Die Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts und neue Regeln zur wirtschaftspolitischen Koordinierung. Das Paket aus sechs EU-Gesetzen (sogenanntes „Sixpack“) trat am 13. Dezember in Kraft. Neben Haushaltsfehlbeträgen werden auch große Defizite oder Überschüsse in staatlichen Leistungsbilanzen künftig beobachtet und sanktioniert.
- Das Europäische Semester. Die EU-Staaten stimmen ihre Haushaltsleitlinien miteinander ab, bevor die nationalen Budgets beschlossen werden. Die EU-Kommission gibt allen Ländern spezifische Empfehlungen.
- Der Euro Plus Pakt. Alle EU-Staaten außer Großbritannien, Schweden, Tschechien und Ungarn wollen auch ihre Pläne für Sozial-, Steuer- und Gesundheitspolitik abstimmen.

### Auch Soforthilfe für den Euro geplant

Um den Euro zu schützen, bis die langfristigen Bestandteile des fiskalpolitischen Paktes greifen, haben dessen Teilnehmer weitere Pläne gemacht.

- Die im temporären Euro-Rettungsschirm „Europäische Finanzstabilisierungsfazilität“ (EFSF) noch vorhandenen rund 250 Milliarden Euro sollen wie beschlossen auf 750 Milliarden Euro „gehebelt“ werden.
- Der dauerhafte Rettungsschirm „Europäischer Stabilitätsmechanismus“ (ESM) soll statt im Juli 2013 schon im nächsten Juli einsatzbereit sein und ein Jahr lang parallel zur EFSF zur Verfügung stehen.

## SCHRIFTLICHE VERPFLICHTUNG ZU NOCH MEHR HAUSHALTSDISZIPLIN

Die Teilnehmer des „**fiskalpolitischen Pakts**“ wollen noch über die bisher im EU-Recht verankerten Stabilitätsregeln hinausgehen:

- Jeder Staat will sich in seiner Verfassung oder an ähnlich prominenter Stelle seines Rechtssystems zu stets **ausgeglichenem Haushalt** verpflichten. Dafür darf das jährliche strukturelle Defizit (bei dem konjunkturell bedingte Fehlbeträge nicht berücksichtigt werden) nicht höher als 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts sein. Der Europäische Gerichtshof darf überprüfen, ob alle Staaten diese „Schuldenbremsen“ ordentlich einbauen und für automatische Korrekturen bei zu hohem Defizit sorgen. Die Korrekturen werden von der EU-Kommission überwacht.
- Wenn Defizitverfahren gegen Staaten laufen, legen diese **Reformprogramme** vor und lassen sie von EU-Kommission und Ministerrat überwachen.
- Stellt die Kommission ein Haushaltsdefizit von mehr als drei Prozent fest, läuft bei allen Paktstaaten automatisch ein **Defizitverfahren** an, außer es stimmt eine qualifizierte Mehrheit der EU-Staaten dagegen. Diese Regel geht über die Bestimmungen des „Sixpacks“ hinaus.
- Die Paktstaaten wollen die Vorschläge der EU-Kommission vom 23. November für **noch mehr Haushaltsdisziplin** übernehmen. Dazu gehört unter anderem, mit der gegenseitigen Überprüfung der nationalen Budgetplanung im Rahmen des Europäischen Semesters nicht erst im Frühjahr, sondern schon im Herbst des Vorjahres zu beginnen. Auch soll die Kommission eine Überarbeitung von Haushaltsentwürfen fordern dürfen und Staaten in finanziellen Schwierigkeiten strenger überwachen können.

Ob die geplante Ausstattung von 500 Milliarden Euro reicht, will der EU-Gipfel im März prüfen.

- Der ESM-Vertrag soll vor Inkrafttreten nochmals geändert werden. Unter anderem sollen private Gläubiger von Eurostaaten – außer im Fall Griechenlands – nur sehr begrenzt zum Verzicht auf Forderungen gezwungen werden können, so wie das in den Verträgen des Internationalen Währungsfonds (IWF) üblich ist. Damit soll verhindert werden, dass Investoren vor dem Kauf von Euroraum-Staatsanleihen zurückschrecken.
- Ob noch weitere Elemente eingeführt werden, etwa gemeinsame „Stabilitätsanleihen“, soll beim März-Gipfel beraten werden.
- Mindestens zweimal im Jahr wollen sich die Staats- und Regierungschefs der Eurozone treffen und über die Lage

und Wirtschaftspolitik im Euroraum beraten.

- In den nächsten Tagen soll geprüft werden, ob die Notenbanken der Pakt-Teilnehmer dem IWF 200 Milliarden Euro zur Verfügung stellen, die dieser für Finanzhilfen verwenden kann.

In Großbritannien hat die Entscheidung, sich nicht am fiskalpolitischen Pakt zu beteiligen, für Diskussionen, auch innerhalb der Regierungskoalition aus Konservativen und Liberaldemokraten, geführt. Das Vereinigte Königreich ist neben Dänemark der einzige EU-Staat, der das Recht hat, den Euro auch dann nicht einzuführen, wenn alle Bedingungen für einen Beitritt zur Währungsunion erfüllt sind. (frh)

[www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/de/ec/126678.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/126678.pdf)

## Mehrwertsteuer in der EU:

### Kommission will Systeme einfacher und klarer machen

Die EU-Kommission will das vor über 40 Jahren eingeführte Mehrwertsteuersystem grundlegend überarbeiten. Es sei für Steuerzahler, Unternehmen und Verwaltungen zu teuer und aufwändig, ein Hindernis im Binnenmarkt und darüber hinaus betrugsanfällig, erklärte Steuerkommissar Algirdas Semeta.

Erleichterungen sollen standardisierte MwSt-Erklärungen und ein zentrales Webportal mit Informationen über die nationalen Steuersysteme bringen. Vor allem aber will Semeta den Dschungel an Steuerbefreiungen und ermäßigten Steuersätzen lichten. So sollen ermäßigte Sätze für Produkte abgeschafft werden, wenn diese nicht in Einklang mit anderen

EU-Politikbereichen stehen – etwa dem Umweltschutz. Auch sollen künftig für gleichartige Waren und Dienstleistungen die gleichen MwSt-Sätze gelten. Derzeit sind diese etwa für Bücher anders als für E-Books. Am EU-Mindeststeuersatz von 15 Prozent und der Besteuerung im Bestimmungsland soll nicht gerüttelt werden.

[http://ec.europa.eu/taxation\\_customs/taxation/vat/key\\_documents/communications/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/taxation_customs/taxation/vat/key_documents/communications/index_de.htm)



### Werbung für Lebensmittel: Irreführende Gesundheitslogans werden verboten

Nahrungsmittelhersteller werden ab 2013 in der EU deutlich weniger mit gesundheitsbezogenen Slogans wie „stärkt die Abwehrkräfte“ oder „senkt den Bluthochdruck“ für ihre Produkte werben können. Die meisten dieser Aussagen werden verboten. Das von EU-Gesundheitskommissar John Dalli vorgelegte sogenannte Health-Claims-Register mit erlaubten



Werbesprüchen umfasst gerade einmal 222 solcher Slogans. Die Europäische Lebensmittelsicherheitsbehörde EFSA hatte über 2.700 Aussagen untersucht und war zu dem Schluss gekommen, dass sich die meisten Slogans wissenschaftlich nicht untermauern lassen.

Das neue Register ist von Experten der EU-Mitgliedstaaten bereits gebilligt worden. Jetzt müssen Ministerrat und Europäisches Parlament noch zustimmen.

Ein weiteres EU-Register ist für Werbeaussagen geplant, die sich auf die angebliche Wirkung pflanzlicher Produkte in Lebensmitteln beziehen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/869&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

### „Kindesentführung“ durch Eltern: Internationale Regeln sollen Streitfälle entschärfen

So manches Familiendrama, bei dem ein Elternteil dem anderen das gemeinsame Kind wegnimmt und in sein Heimatland entführt, könnte entschärft werden, wenn es internationale Regeln zur Lösung der Konflikte gäbe. Diese Meinung vertreten EU-Kommission und Europäisches Parlament. Sie werben deshalb international für die Ratifizierung der Haager Konvention, die Regeln enthält, welches Gericht über den Aufenthaltsort des Kindes entscheidet.

Russland habe kürzlich ratifiziert, Japan, Marokko, Albanien und andere Staaten hätten gleiches vor, sagte EU-Justizkommissarin Viviane Reding. Sind beide Elternteile EU-Bürger, dann greife die Verordnung „Brüssel IIa“. Sie trage dazu bei, dass das Gezerre um das Kind möglichst schnell beendet wird.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/905&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

### EU-Erweiterung: Beitrittsvertrag Kroatiens ist unterzeichnet

Der EU-Beitrittsvertrag für Kroatien ist unterzeichnet. Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union sowie die scheidende kroatische Regierungschefin, Jadranka Kosor, und Präsident Ivo Josipovic setzten beim EU-Gipfel ihre Unterschrift unter den Vertrag. Dieser muss nun noch von den Parlamenten der EU-Mitgliedstaaten und Kroatiens gebilligt werden. Auch soll in Kroatien eine Volksabstimmung stattfinden. Danach kann Kroatien zum 1. Juli 2013 der 28. Mitgliedstaat der EU werden.



Der Präsident des Europäischen Rates, Herman Van Rompuy, kündigte an, bis dahin werde die EU-Kommission überwachen, dass Kroatien die versprochenen Reformen im Justizwesen sowie bei den Grundrechten vornimmt.

Die Gipfelteilnehmer sprachen sich weiterhin dafür aus, im kommenden Juni Beitrittsverhandlungen mit Montenegro aufzunehmen. Montenegro muss allerdings bis dahin auf seinem Reformkurs bleiben.

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/EN/genaff/126686.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/genaff/126686.pdf)

## CO<sub>2</sub>-freie Energieversorgung

# Die Weichen müssen heute gestellt werden

Weniger Energie verbrauchen und mehr erneuerbare Energiequellen erschließen: das ist der Schlüssel zur Erreichung der EU-Klimaschutzziele. Welchen Weg die Mitgliedstaaten auch immer beschreiten wollen, sie kommen nicht um diese beiden zentralen Elemente herum, wie aus dem von der EU-Kommission präsentierten „Energiefahrplan 2050“ hervorgeht. Sieben Szenarien stellt sie den Mitgliedstaaten darin für den Weg zu dem EU-Ziel vor, die Kohlendioxidemissionen bis 2050 um 80 bis 95 Prozent zu verringern und eine nahezu CO<sub>2</sub>-freie Energieproduktion zu erreichen.

„Wir verfügen jetzt über einen europäischen Rahmen dafür, dass die politischen Maßnahmen zur Sicherung der notwendigen Investitionen getroffen werden“, sagte EU-Energiekommissar Günther Oettinger. „Nur ein neues Energiemodell wird langfristig dafür sorgen, dass unser System sicher, wettbewerbsfähig und nachhaltig ist.“ Alle Mitgliedstaaten sind jetzt gefragt, sich für ein neues Energiemodell und einen zukunftsfähigen Energiemix zu entscheiden, sie haben dabei aber Gestaltungsspielraum. Die Kommission hat in ihren Szenarien verschiedene Kombinationen der „vier Hauptdekarbonisierungswege“ Energieeffizienz, erneuerbare Energien, Kernenergie und Abtrennung und Speicherung von CO<sub>2</sub> (Carbon Capture and Storage – CCS) durchgespielt. Die gute Nachricht: Auf jeden Fall ist die Dekarbonisierung technisch und wirtschaftlich erreichbar, die Kosten und Folgen für die Versorgungssicherheit unterscheiden sich in den Szenarien nicht wesentlich.

### Abwarten wird teuer

Allerdings drängt die Kommission die Mitgliedstaaten, die Weichen für eine CO<sub>2</sub>-freie Energieversorgung rasch zu stellen. Jede Investition, die erst nach 2020 erfolgt, wird rund fünfmal so teuer wie sie in den kommenden acht Jahren wäre, heißt es im „Energiefahrplan“ unter Berufung auf Berechnungen der Internationalen Energieagentur. Große Teile der vor 30 bis 40 Jahren entstandenen euro-



Sonne, Wind, Wasser und Biomasse sollen den Europäern 2050 über die Hälfte der benötigten Energie liefern

päischen Infrastruktur müssten ohnehin bald ersetzt werden. Bei der Modernisierung solle ein intelligentes und wahrhaft europäisches Energienetz aufgebaut werden, empfiehlt die Kommission. Ein funktionierender Energiebinnenmarkt eröffne vielfältigere Versorgungswege, biete Größenvorteile und werde die Energiekosten in der Zukunft senken. Wer jetzt nicht entsprechend investiere, der verfehle nicht nur die Klimaschutzziele, sondern riskiere auch eine stärkere Importabhängigkeit in der Zukunft und müsse das zunächst gesparte Geld später dennoch ausgeben, weil die importierte Energie immer teurer werde, heißt es in dem Kommissionspapier weiter.

### Eckpunkte des Energiefahrplans 2050

Egal welches der sieben Szenarien verfolgt wird: Mindestens 55 Prozent des EU-Energieverbrauchs sollen 2050 aus erneuerbaren Quellen gedeckt werden. Das wären 45 Prozentpunkte mehr als heute. Der Energiehunger soll gleichzeitig deutlich kleiner werden, je nach Szenario um 32 bis 41 Prozent gegenüber dem angenommenen Höchstverbrauch im Jahr 2006. Strom muss bei der CO<sub>2</sub>-armen Energieversorgung eine deutlich größere Rolle spielen als heute, auch wenn Gas, Öl, Kohle und Atomenergie in allen Szenarien ebenfalls weiter vorkommen. Für Gas sieht die EU-Kommission in den kommenden 25 Jahren eine wichtige Brückenfunktion bei der Stromerzeugung. Der Strompreis werde bis 2030 steigen, sich danach aber stabilisieren und auch wegen der verbesserten Technologien eventuell wieder sinken.

Die Kommission räumt ein, dass Vorhersagen über 40 Jahre schwierig sind. Auch ist nicht klar, für welche Technologien sich die EU-Staaten entscheiden. Den Anteil der Atomkraft an der EU-Energieversorgung schätzt die Kommission zum Beispiel auf mindestens drei Prozent, er könnte aber auch bei 18 Prozent liegen, falls die CCS-Technik, mit der CO<sub>2</sub> aus Industrieanlagen oder Kohlekraftwerken im Erdboden gespeichert wird, sich nicht bis 2030 wie erwartet durchsetzt.

In dieser Hinsicht lässt zum Beispiel die deutsche Politik Fragen offen. Einerseits ist hier der Ausstieg aus der Kernenergie beschlossen worden. Andererseits kommt die Entwicklung von CCS in Deutschland nicht voran. Eine EU-Richtlinie, in der Rahmenbedingungen für CCS festgelegt sind, hätte eigentlich bis Ende Juni in deutsches Recht umgesetzt sein müssen, ein entsprechendes Gesetz befindet sich aber im Vermittlungsausschuss zwischen Bundestag und Bundesrat, nachdem es der Bundesrat im September gestoppt hatte. Streitpunkt war eine Vetoklausel, mit der die Bundesländer die CO<sub>2</sub>-Speicherung auf ihrem Gebiet verhindern könnten. Wegen der unsicheren Rechtslage hat der Energiekonzern Vattenfall in der vergangenen Woche ein von der EU gefördertes CCS-Projekt im brandenburgischen Jämschwalde gestoppt. (frh)

[http://ec.europa.eu/energy/energy2020/roadmap/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/energy/energy2020/roadmap/index_en.htm)

Mittelstand soll besser an Kredite kommen

## Der wirtschaftliche Motor der EU muss geschmiert werden

Die 23 Millionen kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) sollen mit EU-Hilfe besser an Kredite für Investitionen kommen – und damit Europa beim Weg aus der Wirtschaftskrise unterstützen. In der Finanzkrise zögern die Banken zunehmend, den KMU Kredite zu gewähren – und auf den Mittelstand spezialisierte Risikokapitalgeber sind Mangelware. Elf Prozent der KMU bekamen im vergangenen halben Jahr einen gewünschten Kredit nicht, 17 Prozent bekamen weniger Geld als benötigt, und für vier Prozent waren die angebotenen Kreditkonditionen untragbar.

Mit einem Aktionsplan und zwei Verordnungen will die Kommission Abhilfe schaffen. „Die Erleichterung des Zugangs der KMU zu Finanzierungsmitteln hat bei der Überwindung der Krise oberste Priorität“, sagte der für Industrie und Unternehmertum zuständige Kommissions-Vizepräsident Antonio Tajani und verwies darauf, dass KMU mehr als die Hälfte der gesamten Wertschöpfung in der EU außerhalb der Finanzbranche erwirtschaften und in den vergangenen fünf Jahren 80 Prozent aller neuen Arbeitsplätze geschaffen haben.

### Zwei-Säulen-Strategie

Auf zwei Wegen will die Kommission für einen einfacheren Zugang von KMU zu Krediten sorgen: Einmal sollen zwischen 2014 und 2020 aus dem EU-Haushalt 1,4 Milliarden Euro mehr für Finanzbürgschaften zur Verfügung gestellt werden. Das hilft Mittelständlern, die keine ausreichenden Sicherheiten für Bankkredite vorweisen können. Solche Firmen profitieren auch von günstigen Darlehen der Europäischen Investitionsbank, die auch im kommenden Jahr wieder rund 10 Milliarden Euro für KMU eingeplant hat. Zum zweiten will die Kommission den Markt für Risikokapitalfonds stärken, die besonders Existenzgründer und KMU unterstützen.

Das soll über einheitliche Regeln für „Europäische Risikokapitalfonds“ erreicht werden. Verwalter solcher Fonds sollen sich in allen EU-Staaten Kapital beschaffen können, ohne länger die unter-



Risikokapitalfonds können für Mittelständler eine Alternative zum schwer zu bekommenden Bankkredit sein

schiedlichen nationalen Anforderungen erfüllen zu müssen. In der Folge könnten sie mehr Kapital einsammeln, und größere Fonds könnten ihre Investitionen wiederum diversifizieren und so besser vielversprechende Existenzgründer unterstützen, sagte Binnenmarktkommissar Michel Barnier. Für ein entsprechend strategisches Herangehen sei der durchschnittliche Risikokapitalfonds in der EU mit einem Volumen von etwa 60 Millionen Euro derzeit viel zu klein.

Unter der Bezeichnung „Europäischer Risikokapitalfonds“ darf ein Fonds nach dem Vorschlag der Kommission nur dann Geschäfte tätigen, wenn er 70 Prozent des eingezahlten Kapitals in KMU investiert, ihnen Beteiligungskapital bereitstellt und sich nicht selbst verschuldet. Zudem müssen bestimmte Standards wie Transparenz gegenüber den Anlegern erfüllt werden. In den EU-Risikokapitalfonds dürfen nur professionelle und andere traditionelle Anleger investieren. Alle Verwalter eines in einem EU-Staat registrierten Fonds sollen einen Europäischen Vertriebspass erhalten können, um ihnen EU-weit den Weg zu den Anlegern zu ebnet. Eine entsprechende Regelung schlägt die Kommission auch für Fonds vor, die gezielt Sozialunternehmen wie Pflegedienste oder Bildungseinrichtungen unterstützen.

Otto Kentzler, der Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, begrüßte das Bemühen um einen besseren Zugang des Mittelstands zu Krediten. „Vor allem der Zugang zu Finanzierung ist für unsere Betriebe von enormer Bedeutung“, sagte Kentzler. Europäisches Parlament und EU-Ministerrat müssen den Kommissionsplänen zustimmen, ehe sie in Kraft treten können. (frh)

[http://ec.europa.eu/enterprise/policies/finance/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/enterprise/policies/finance/index_de.htm)

Soziale Unternehmen sind nicht bloß auf möglichst viel Gewinn aus, sondern verfolgen vorwiegend soziale Ziele. Sie sind etwa im Gesundheitswesen oder im Kulturbereich anzutreffen und bieten mehr als 11 Millionen Europäern einen bezahlten Arbeitsplatz. Laut EU-Kommission ist bereits jedes zehnte Unternehmen ein Sozialunternehmen, und die Zahl wächst. Obwohl soziale Unternehmen häufig öffentliche Zuschüsse erhalten, sind sie auch auf mehr privates Kapital angewiesen. Dieses soll künftig verstärkt über die von der Kommission vorgeschlagenen „Europäischen Fonds für soziales Unternehmertum“ aufgebracht werden. „Sozialunternehmen verkörpern genau die intelligente, integrative und nachhaltige Art von Wachstum und Innovation, die wir in der europäischen Wirtschaft heute so dringend brauchen“, sagte EU-Binnenmarktkommissar Michel Barnier.

Frieden und Wohlstand schaffen und Interessen durchsetzen

## Neue Außenpolitik soll Rolle der EU in der Welt stärken

Demokratie, Frieden, Stabilität und Wachstum stehen im Mittelpunkt der EU-Außen-, Nachbarschafts- und Entwicklungspolitik der kommenden Jahre. Die Europäische Kommission legte jetzt ihre Finanzvorschläge für die Außenbeziehungen von 2014 bis 2020 vor. Die Grundüberlegung: Wenn es möglichst vielen Menschen auf der Welt gut geht und sie friedlich miteinander leben, dann sichert das auch den Wohlstand der EU. Über 96 Milliarden Euro möchte die Kommission dafür investieren.

„Ein breites und nachhaltigeres Wachstum in der Welt liegt ebenfalls im Interesse der EU“, sagte EU-Entwicklungskommissar Andris Piebalgs. Die EU stelle mit 56 Prozent derzeit schon mehr als die Hälfte der weltweiten Entwicklungshilfe zur Verfügung.

Allerdings soll das Geld künftig stärker als bisher dorthin fließen, wo es am nötigsten gebraucht wird und am meisten bewirken kann. Eine ganze Reihe von Ländern mit großen eigenen Ressourcen, wie etwa China, Indien, Russland oder Brasilien, sollen dagegen keine klassische Entwicklungshilfe mehr bekommen.

Neun Instrumente sollten in der nächsten mittelfristigen Haushaltsperiode bis 2020 für die Finanzierung der EU-Außenpolitik zur Verfügung stehen, schlägt die Kommission vor. Diese dienen vier politischen Hauptzielen:



Klassische Entwicklungshilfe will die EU künftig hauptsächlich den Ländern geben, die sie am nötigsten brauchen

- **EU-Erweiterung.** Das wichtigste Finanzierungsinstrument sind hier die Heranführungshilfen mit geplanten 14,1 Milliarden. Damit sollen Beitrittskandidaten fit für die EU-Mitgliedschaft gemacht werden.
- **Nachbarschaftspolitik.** Hauptfinanzquelle hierfür ist das „Nachbarschaftsinstrument“ mit geplanten 18,2 Milliarden Euro. Von der Unterstützung sollen 16 Staaten im Osten und Süden der EU profitieren. Die Mittel sollen nach dem Prinzip „mehr für mehr“ vor allem solchen Partnern zugute kommen, die „wirklich einen breiten und umfassenden Demokratisierungsprozess umsetzen“. Für Russland ist eine Sonderbehandlung als „strategischer Partner“, aber weniger Entwicklungsgeld aus dem Nachbarschaftsprogramm vorgesehen.
- **Kooperation mit strategischen Partnern.** Unter anderem finanziert aus dem neu vorgeschlagenen „Partnerschaftsinstrument“ mit 1,1 Milliarden Euro. Dies ist die größte Neuerung im außenpolitischen Instrumentenkasten. Mit Ländern, die keine Finanzhilfe für ihre Entwicklung brauchen, möchte die Kommission künftig vor allem bei der Lösung globaler Probleme zusammenarbeiten. Zudem soll die Kooperation etwa in Fragen der Wettbewerbsfähigkeit, Marktöffnung,

Forschung oder Migrationssteuerung auch die wirtschaftlichen Interessen der EU schützen. Außer Russland schlägt die Kommission 19 weitere Länder für solche neuen Partnerschaften vor.

- **Entwicklungszusammenarbeit.** Die EU soll sowohl einzelne Staaten gezielt unterstützen, als auch allgemeine Programme auflegen, etwa zum Umwelt- und Klimaschutz oder zum Aufbau der Zivilgesellschaft und lokaler Verwaltungen. Das größte Finanzinstrument soll hier 23,3 Milliarden Euro umfassen. Für die Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifikraums (AKP) und die Gebiete und Länder der EU in Übersee sind zudem 34,3 Milliarden Euro aus dem Europäischen Entwicklungsfonds veranschlagt.

Die Kommission weist darauf hin, dass es für die EU-Staaten viel effektiver ist, ihre globalen Interessen gemeinsam zu vertreten als allein. Außerdem könnten durch das Vermeiden doppelter Arbeit bis zu fünf Milliarden Euro im Jahr gespart werden. Nun müssen Mitgliedstaaten und Europäisches Parlament über die Budgetvorschläge entscheiden. (frh)

[http://ec.europa.eu/europeaid/how/finance/mff/financial\\_framework\\_news\\_de.htm](http://ec.europa.eu/europeaid/how/finance/mff/financial_framework_news_de.htm)

20 Staaten haben nach Ansicht der EU-Kommission keine Entwicklungshilfe der EU mehr nötig. Mit ihnen sollen stattdessen Programme ausgearbeitet werden, um gemeinsame Probleme wie Klimaschutz, Energieversorgung oder den Schutz geistigen Eigentums zu lösen. Für diese Partnerschaften vorgeschlagen sind Russland, China, Indien, Indonesien, Brasilien, Argentinien, Chile, Kolumbien, Costa Rica, Ecuador, Uruguay, Mexiko, Panama, Peru, Venezuela, Iran, Malaysia, Malediven, Thailand und Kasachstan.

Datum	Thema	Ort	Kontakt
15.12.2011 18.00–20.00 Uhr	<b>Ringvorlesung Europäische Identität – was ist das?</b> „Gibt es ein WIR? – Reflexionen zur europäischen Identität“ <b>Veranstalter:</b> Europabüro der Pädagogischen Hochschule Freiburg	Pädagogische Hochschule Freiburg Kunzenweg 15 <b>79117 Freiburg</b>	<a href="http://www.europatermine.de/termine/datum/2011/dezember/15/termin/einzel/europaeische_identitaet_was_ist_das-2.html">www.europatermine.de/termine/datum/2011/dezember/15/termin/einzel/europaeische_identitaet_was_ist_das-2.html</a>
15.–16.12.2011 9.00 Uhr	<b>Internationale Konferenz</b> CSR – Gesellschaftliche Verantwortung im internationalen Dialog <b>Veranstalter:</b> Bundesministerium für Arbeit und Soziales	Berliner Congress Center (bcc) Alexanderstraße 11 <b>10178 Berlin</b>	<a href="http://www.csr-konferenz.bmas.de/de/programm.html">www.csr-konferenz.bmas.de/de/programm.html</a>
16.12.2011 10.30–12.00 Uhr	<b>Diskussion</b> „Wie geht es weiter mit dem Arabischen Frühling?“ Handlungsoptionen für die Europäische Union <b>Veranstalter:</b> Informationsbüro des Europäischen Parlaments	Europäisches Haus Unter den Linden 78 <b>10117 Berlin</b>	<a href="http://www.europarl.de/sacharow">www.europarl.de/sacharow</a>
16.12.2011 15.00–16.00 Uhr	<b>Filmvorführung</b> „Gründerväter Europas“ von Ingo Espenschied. Video-Zeitzeugeninterviews, originale Wochenschauberichte und vieles mehr	EuropaPunktBremen Am Markt 20 <b>28195 Bremen</b>	<a href="http://www.europa.bremen.de/sixcms/detail.php?gsid=bremen97.c.3190.de&amp;asl=bremen97.c.1575.de">www.europa.bremen.de/sixcms/detail.php?gsid=bremen97.c.3190.de&amp;asl=bremen97.c.1575.de</a>
23.12.2011 15.00–16.00 Uhr	<b>Veranstalter:</b> EuropaPunktBremen		
05.01.2012 18.00 Uhr	<b>Vortragsreihe</b> „Frühling im Nahen Osten“ <b>Veranstalter:</b> europe direct Hagen	Emil Schumacher Museum Museumsplatz 1 <b>58095 Hagen</b>	<a href="http://www.europe-direct-hagen.de/fileadmin/edi/template/Dokumente/internet_arab.pdf">www.europe-direct-hagen.de/fileadmin/edi/template/Dokumente/internet_arab.pdf</a>
09.–10.01.2012	<b>Seminar</b> „Erfolgreich verhandeln für Frauen“ Brüsseler Spitzen – Kompetenztraining für Frauen <b>Veranstalter:</b> Europäische Akademie Berlin	Europäische Akademie Berlin e.V. Bismarckallee 46/48 <b>14193 Berlin</b>	<a href="http://www.eab-berlin.de/">www.eab-berlin.de/</a>
11.–12.01.2012	<b>Euro Symposium</b> „The Euro: (Greek) tragedy or Europe's destiny? Economic, historical and legal perspectives on the common currency“ (Language: English) <b>Veranstalter:</b> Universität Bayreuth	Studentenwerk Oberfranken (SWO) Universitätsstraße 30 <b>95447 Bayreuth</b>	<a href="http://www.euro.uni-bayreuth.de/en/index.html">www.euro.uni-bayreuth.de/en/index.html</a>
14.01.2012 10.00–16.00 Uhr	<b>JUBi – Jugendbildungsmesse in Berlin</b> Messe für Schüleraustausch, High School, Sprachreisen, Praktika, Au-Pair, Work & Travel und Freiwilligendienste <b>Veranstalter:</b> weltweiser - Der unabhängige Bildungsberatungsdienst	Rosa-Luxemburg-Oberschule Eingang Neumannstraße/ Borkumstraße <b>13189 Berlin</b>	<a href="http://www.weltweiser.de/">www.weltweiser.de/</a>
16.–20.01.2012 9.30 Uhr	<b>Europa-Seminar</b> „Die Europäische Union: Bilanz, Herausforderungen, Perspektiven“ <b>Veranstalter:</b> Akademie Rosenhof e.V., Weimar	Schönstatt-Zentrum Lebach e.V. Am Wünschberg 36 <b>66822 Lebach</b>	<a href="http://www.akademie-rosenhof.de/upload/dokumente/2011-12-05_seminar_201160.pdf">www.akademie-rosenhof.de/upload/dokumente/2011-12-05_seminar_201160.pdf</a>

## Impressum

### Herausgeber:

#### Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:

Leitung: Matthias Petschke (V.i.S.d.P.)  
Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22  
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de

#### Vertretung in Bonn:

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

#### Vertretung in München:

Erhardtstraße 27 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

### Redaktion & Grafik:

Carsten Lietz, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)  
Frank Hütten, Vera Schrader, Armin Kalbfleisch, Christian Baumgart  
Dow Jones News GmbH • Baseler Arkaden • Wilhelm-Leuschner-Straße 78  
• 60329 Frankfurt am Main • E-Mail: cp.contact@dowjones.com

### Herstellung:

Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH

### Haftungsausschluss:

Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keiner Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.

### Elektronische Reiseplaner: Intelligente, europäische Lösungen auf dem Prüfstand

Eine Flugreise von einem EU-Staat in einen anderen am heimischen Computer zu buchen, ist heute keine Schwierigkeit mehr. Wenn die Reise aber noch in weitere Länder führt oder wenn verschiedene Verkehrsmittel gebraucht werden, fangen die Probleme oft an. „Warum kann ich meine Reise immer noch nicht europaweit durchgehend online an einer Stelle planen und buchen, samt Umsteigeverbindungen vom Flugzeug zur Bahn oder Fähre oder zum städtischen Nahverkehr?“, fragte sich auch EU-Verkehrskommissar Siim Kallas. „Die Technik gibt es schon, wir müssen die Dinge nur in Gang bringen.“ Also rief die Kommission die Branche auf, ihr Beispiele für multimodale, internationale Reiseplaner oder für Ideen dafür zu nennen. 12 elektronische Planungstools wurden vorausgewählt. Welches das beste davon ist, können jetzt alle Interessierten in einer öffentlichen Abstimmung bis zum 13. Januar 2012 beurteilen. Die Qualität der eingereichten Ideen wird von einer Expertenjury analysiert. Die Gewinner beider Kategorien dürfen ihre Lösungen dann im Oktober 2012 beim nächsten ITS-Weltkongress in Wien am Kommissionstand präsentieren.



[http://ec.europa.eu/transport/its/multimodal-planners/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/transport/its/multimodal-planners/index_de.htm)

### Simulation „MEU 2012“: Eine Woche lang EU-Entscheidungen treffen



Zwischen dem 24. und dem 31. März 2012 bestimmen wieder junge Europäer im Alter zwischen 18 und 26 Jahren über das Schicksal von EU-Gesetzen: Im Rahmen des Simulationsspiels „Model European Union 2012“ in den Räumen des Europäischen Parlaments in Straßburg. Die 180 Teilnehmer aus ganz Europa können wählen, ob sie in die Rolle nationaler Minister, Europaabgeordneter, Lobbyisten, Journalisten oder Übersetzer schlüpfen wollen. Ziel ist es, über einen echten Gesetzesvorschlag der EU-Kommission zu beraten bzw den Gesetzgebungsprozess zu begleiten. Bewerbungen sind noch bis zum 3. Januar 2012 möglich.

[www.meu-strasbourg.org](http://www.meu-strasbourg.org)

### Studieren am College of Europe: Bewerbungsfrist für Masterstudiengänge läuft

Die Europäische Integration braucht kluge Köpfe. Nicht nur in der derzeitigen Krise, sondern auch in Zukunft. Etliche der kommenden Vordenker in europäischer Rechts-, Wirtschafts-, Politik- und Verwaltungswissenschaft werden sicher wieder vom College of Europe kommen. Rund 400 Absolventen aus mehr als 50 Ländern verlassen jährlich diese seit 1949 bestehende renommierte Hochschule für postgraduierte Studien mit Niederlassungen in Brügge (Belgien) und Natolin (Polen). Die rund 40 für deutsche Bewerber zur Verfügung stehenden Plätze werden über das Netzwerk Europäische Bewegung Deutschland vergeben.

Das zehnmonatige Masterstudium, das auch in den Fachrichtungen „Internationale Beziehungen und Diplomatie“ sowie „Europäische Interdisziplinäre Studien“ absolviert werden kann, wird von international anerkannten Professoren und Praktikern geleitet. Studiensprachen sind Englisch und Französisch. Bewerbungen für das Studienjahr 2012/2013 sind noch bis zum 16. Januar 2012 möglich.

[www.europaeische-bewegung.de](http://www.europaeische-bewegung.de)

### Auf Twitter und Facebook: Vertretung baut Social Media-Präsenz aus

Ob Verbrauchertipps oder Gipfelergebnisse: Die Vertretung der Europäischen Kommission informiert und diskutiert europäische Themen auch in den sozialen Netzwerken. Die noch junge Facebook-Seite hat bereits mehr als 2100 Freunde – und es werden stän-



dig mehr. Kurz und knapp informieren zudem die Tweets aus Berlin und Bonn vor allem – aber nicht nur – Journalisten über Kommissions-Nachrichten und Recherchemöglichkeiten. Der Pressesprecher der Berliner Vertretung, Carsten Lietz, twittert unter [twitter.com/EUberlinCLietz](https://twitter.com/EUberlinCLietz), die Vertretung in Bonn unter [twitter.com/EU\\_Bonn](https://twitter.com/EU_Bonn).

[www.facebook.com/eu.kommission](http://www.facebook.com/eu.kommission)  
[twitter.com/EUberlinCLietz](https://twitter.com/EUberlinCLietz)  
[twitter.com/EU\\_Bonn](https://twitter.com/EU_Bonn)

